



167/2009

Kiel, 29. November 2009

Mehr Geld für die Bildung: Die Forderungen von „Jugend im Landtag“ 2009

Kiel (SHL) – *Abschaffung der Profiloberstufe, Klassengrößen von 15 Schülern, keine Einführung von Studiengebühren – diese und viele weitere Forderungen beschloss heute die „Jugend im Landtag“. 90 Jugendliche aus ganz Schleswig-Holstein haben ein Wochenende lang auf Einladung des Landtages politische Diskussionen geführt und Beschlüsse gefasst. „Jugend im Landtag“ heißt die jährliche Veranstaltung. Die Forderungen der Jugendlichen gehen jetzt an die Landtagsabgeordneten, die Landesregierung sowie die schleswig-holsteinischen Bundestags- und Europaabgeordneten. Sie alle werden aufgefordert, eine Stellungnahme dazu abzugeben.*

„Die Veranstaltung 'Jugend im Landtag' ist aus dem parlamentarischen Jahreskalender des schleswig-holsteinischen Landtages nicht mehr weg zu denken“, betonte Landtagspräsident Torsten Geerds in seiner Begrüßung. Das Ziel der jährlichen Zusammenkunft von Jugendlichen aus ganz Schleswig-Holstein beschrieb Geerds so: „Wir wollen und können mit dieser Veranstaltung belegen, dass jugendliche Lebensläufe nicht zwangsläufig fernab der Politik stattfinden. Und wir machen hoffentlich vielen jungen Menschen in unserem Land Mut, sich in politische Entscheidungsprozesse einzubringen und ihrer Meinung Gehör zu verschaffen.“

Folgende **Beschlüsse** wurden am heutigen Sonntag im Plenum von „Jugend im Landtag“ 2009 gefasst:

„Bildungssystem“

Höhere finanzielle Mittel für das Bildungssystem

Der Landtag Schleswig-Holstein wird aufgefordert, höhere finanzielle Mittel für das Bildungssystem bereit zu stellen.

Gegen die Einführung von Studiengebühren

Der Landtag Schleswig-Holstein wird aufgefordert, keine Studiengebühren einzuführen.

Verkleinerung der Schulklassengröße

Der Landtag Schleswig-Holstein wird aufgefordert, zur Verbesserung der Lernbedingungen im Schulunterricht den Klassenteiler auf 15 zu senken.

Lehrereinstellung

Der Landtag Schleswig-Holstein wird aufgefordert, mindestens 1000 neue Lehrer einzustellen.

Abschaffung der Profiloberstufe

Der Landtag wird aufgefordert die Profiloberstufe abzuschaffen und stattdessen ein nachhaltig geplantes Oberstufensystem einzuführen. Dieses sollte individuelle Fähigkeiten der Schüler/innen fördern und das Niveau des Abiturs in Schleswig-Holstein heben. Dieses Oberstufensystem sollte nicht übereilt, wie bisher die Profiloberstufe, eingeführt werden, sondern mit genügend Vorplanungsfrist. Außerdem sollte dieses System für die Zukunft geplant und gestaltet werden, damit zukünftige Generationen in einem stabilem System lernen können.

Fahrtkostenübernahme

Der Landtag Schleswig-Holstein wird aufgefordert, die Übernahme der Fahrtkosten für Schüler aller Klassen und Schularten von Land und Kommune zu gewährleisten.

Offene Ganztagschulen – Rechtliche Definition und Förderung von Mittagessen

„Jugend im Landtag“ fordert eine Feststellung einer rechtlichen Definition der Offenen Ganztagschule und eine Förderung der Mittagessen für Kinder aus finanzschwachen Haushalten in diesen, wie sie für Kindertagesstätten schon mit der Initiative „Kein Kind ohne Mahlzeit“ eingerichtet wurde. Es wird festgestellt, dass eine solche Förderung ebenfalls unter der Stiftung „Familie in Not“ angesiedelt werden könnte, ggf. mit einer Ausweitung der Initiative „Kein Kind ohne Mahlzeit“.

Realschule erhalten

Der Landtag Schleswig-Holstein wird aufgefordert, die Realschule als eigenständige Schulform in Schleswig-Holstein wiedereinzuführen- unabhängig vom Ausgang des aktuellen Volksbegehrens.

„Unterrichtsqualität“

Regelmäßige Überprüfung von Lehrern

Der Landtag Schleswig-Holstein wird aufgefordert, zur Qualitätssicherung des Schulunterrichtes die Eignung von Lehrern regelmäßig zu überprüfen und bei Kompetenzmangel den entsprechenden Lehrern zu Weiterbildung zu verpflichten. Diese Kontrollen finden ohne Vorankündigung statt.

Fortbildungspflicht für Lehrer

Der Landtag Schleswig-Holstein wird aufgefordert, Lehrkräfte mindestens alle 2 Jahre zu pädagogischen Fortbildungsseminaren zu verpflichten. Des Weiteren sollen Lehrkräfte verpflichtend ebenfalls mindestens alle 2 Jahre in Form von Fortbildungen ihr Fachwissen auffrischen, sowie mindestens alle 5 Jahre an Einführungen im Bereich der Medienkompetenz teilnehmen.

Kostenrückerstattung bei Fortbildungen

Der Landtag Schleswig-Holstein wird aufgefordert, Lehrkräfte sollten die Kosten für ihre Fortbildungskosten vollständig zurück erstattet bekommen.

Wirtschafts- und Politiklehre ab 9. Jahrgang

Der Landtag Schleswig-Holstein wird aufgefordert, Wirtschaft und Politik schon ab der 9. Klasse und nicht erst ab der 11. Klasse an Gymnasien unterrichten zu lassen.

Aufklärung der Schüler von weiterführenden Schulen durch die Einrichtung eines Projekttagess "Verantwortungsvoller Umgang mit dem Medium Internet"

Der Landtag Schleswig-Holstein wird aufgefordert, zum Schutz der Jugend an den Schulen spezielle und verpflichtende Aufklärungsveranstaltungen in den 4. und 6. und 9. Klassenstufen einzuführen. Diese sollen zur Aufklärung über die Risiken und Gefahren des Mediums Internet genutzt werden.

Verbindliche Umsetzung der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE)

Der Landtag Schleswig-Holstein wird aufgefordert die BNE-Kriterien stärker an Kindergärten und Schulen zu berücksichtigen, darüber zu informieren und die Umsetzung zu unterstützen.

Thema sexuelle Identität/Orientierung

1. Homo- und Bisexualität, sowie Transgender sollen Thema im Unterricht werden.
2. Es sollen Informationsveranstaltungen zu den oben genannten Themenbereichen stattfinden, bei denen z. B. lesbisch, schwule Verbände über die Sachverhalte aufklären.

„Umwelt- und Innenpolitik“

Alkohol- und Zigarettenwerbung verbieten

Der Landtag Schleswig-Holstein wird aufgefordert, über eine Bundesratsinitiative Alkohol- und Zigarettenwerbung zu verbieten, um Kinder und Jugendliche vor der Verherrlichung von Alkohol und Zigaretten zu schützen.

Integrationspolitik besser gestalten

Der Landtag Schleswig-Holstein wird aufgefordert, verstärkt Maßnahmen zur Integration von Immigranten sowie MitbürgerInnen mit Migrationshintergrund zu veranlassen. Dazu zählen insbesondere Maßnahmen zur sprachlichen Integration und zur Vermittlung kultureller Werte und des demokratisch-rechtsstaatlichen Systems.

Konkrete Maßnahmen:

- Aufklärung jugendlicher Deutscher an Schulen
- Förderung von Toleranz und Beseitigung von Vorurteilen gegenüber Migranten als auch unter ihnen.
- Förderung im vorschulischen Bereich zur Unterstützung des Erlernens der Muttersprache. Das Beherrschen der eigenen Muttersprache ist Grundlage für das Erlernen der deutschen und anderer Sprache.
- Durchmischung der städtischen Bevölkerung (Stadtplanung), Verhinderung von sozial schwachen Stadtbereichen
- Ausbau von vorhandenen Strukturen im Sportverein, Musikschulen,
- Migranten müssen aktiver werden, um sich zu integrieren (Orte für Begegnungen)
- erfolgreiche Migranten als Vorbilder nutzen.

Atomausstieg in Schleswig-Holstein vorantreiben

Die Landesregierung Schleswig-Holstein wird aufgefordert, den derzeitig beschlossenen Ausstieg aus der Atomkraft in Schleswig-Holstein weiterhin voranzutreiben. Dieser Atomausstieg ist bis 2020 verbindlich durchzusetzen.

CO2-Endlagerung

Der Landtag in Schleswig-Holstein wird aufgefordert, keine CO2 Endlager in Schleswig-Holstein zuzulassen.

Bessere finanzielle Unterstützung der Inseln und Halligen

Der Landtag Schleswig-Holstein wird aufgefordert, die Gemeinden der Inseln und Halligen in Nordfriesland ausreichend und verlässlich finanziell zu unterstützen.

Aufgrund der exponierten Randlage ist der Erhalt und Ausbau der Infrastruktur teuer, es entstehen höhere Alltagskosten für die Bewohner und mangels größerer Betriebe können nur geringe Gewerbeeinnahmen erzielt werden. Daher wäre eine Erhöhung der Zuwendung von

Landes- und/oder auch Bundesseite als sinnvoll zu erachten. Auch sind Maßnahmen erforderlich, die das Wegziehen von jungen Menschen in für sie materiell interessantere Regionen (Festland, Hamburg) vermindert. Die Erreichbarkeit der Inseln und Halligen muss daher langfristig sichergestellt werden.

Die Kostendeckung kann durch die Gemeinden nicht erreicht werden. Ihrer hohen Verschuldung muss jedoch Abhilfe geleistet werden, um weitere Handlungsfähigkeit sicherzustellen. Die Gemeinden der Inseln und Halligen sind auf eine ausreichende und verlässliche finanzielle Unterstützung angewiesen!

Wir haben ein Recht auf Qualität!

Die Vertreter des Schleswig-Holsteinischen Landtages werden gebeten, ihre Position im Landesrundfunkrat zu nutzen, um den öffentlich-rechtlichen Programmauftrag deutlicher zu definieren und in diesem Gremium die Diskussion über öffentlich-rechtliche Programmgestaltung anzustoßen.

Umweltpapier in Schulen

Der Landtag Schleswig-Holstein wird aufgefordert, den kommunalen Schulträgern zu empfehlen, Umweltpapier in den Schulen zu benutzen, um sowohl beim Drucken, als auch beim Kopieren die Umwelt zu schonen.

Hoheitsgewässer als Schutzzone

Der Landtag Schleswig-Holstein wird aufgefordert, die Schutzzone Schleswig-Holsteins innerhalb der Hoheitsgewässer der Bundesrepublik erweitern zu lassen, so dass dort jegliche wirtschaftliche Nutzung verboten ist.

„Jugendpolitik“

Gewalttätige Jugendliche: Präventionsarbeit verstärken

Der Landtag wird aufgefordert, dass aufgrund der steigenden Gewaltbereitschaft unter Jugendlichen die Präventionsarbeit verstärkt werden muss. Die Jugendhilfe muss ausgebaut werden und es müssen mehr Sozialarbeiter zur Verfügung stehen, um Probleme in Familien und unter Jugendlichen schneller zu lösen. Außerdem soll die Justiz dazu angehalten werden, dass Prozesse von Jugendlichen unverzüglich zu verhandeln, da sonst eine Verknüpfung mit der Straftat kaum noch stattfindet.

Abschaffung der Wehrpflicht

Der Landtag Schleswig-Holstein wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, die Wehrpflicht abzuschaffen und die Jugendfreiwilligendienste auszubauen, stärker zu bewerben und Anreize zu schaffen, diese abzuleisten. Die Jugendfreiwilligendienste werden dann finanziell wie der Zivildienst behandelt.

Stärkere finanzielle Förderung des FSJ Kultur

Der Landtag Schleswig Holstein wird aufgefordert, das FSJ Kultur und FÖJ (Freiwilliges ökologisches Jahr) und damit die außerschulische Bildung stärker finanziell zu fördern, und zwar durch Verdoppelung der Landesmittel, damit ein Mindesttaschengeld (inklusive Zuschuss für Unterkunft und Verpflegung) von 400 € gezahlt werden kann und neue Plätze finanziert werden können.